

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

in meiner Berlinerwoche war mein Terminkalender mal wieder voll und abwechslungsreich. Gespräche, Sitzungen, Telefonate, Ausschuss, Plenum – es ging munter her, hier im Bundestag. Über einige wichtige Themen werde ich, wie gewohnt, hier ausführlicher berichten.

In dieser Sitzungswoche standen die öffentlichen Anhörungen zu den Themen Fracking und Wohngeld auf meinem Programm.

In der ersten öffentlichen Anhörung ging es um den Gesetzentwurf zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie.

Eine Reihe von Sachverständigen gaben dazu Stellungnahmen ab und beantworteten Fragen der Abgeordneten. Mit dabei waren u.a. Vertreter des Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), der Deutschen Akademie der Trinkwasserwirtschaft (acatech), des Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz e.V. (BBU) sowie des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU).

Umweltausschuss - Anhörung Wohngeld

Eine weitere öffentliche Anhörung erfolgte im Umweltausschuss zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes (WoGRefG).

Auch hierzu wurden von den eingeladenen Sachverständigen Stellungnahmen abgegeben. Vertreten waren u.a. der Deutsche Mieterbund (DMB), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Deutsche Caritas e.V., Institut der Wirtschaft Köln e.V.

In dieser Runde hatten wir als Abgeordnete die Möglichkeit konkrete Fragen an die Sachverständigen zu stellen. Mit diesem Austausch können auch neue Aspekte ins Blickfeld rücken und das ist mir bei meiner politische Arbeit sehr wichtig.



Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Nachtragshaushalt 2015 mit sozialdemokratischer Handschrift

Mit Geduld und Hartnäckigkeit sind uns als SPD-Bundestagsfraktion bei den Ausschussberatungen doch noch einige Punkte von Änderungen am Regierungsentwurf gelungen:

- ✓ Um die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen, erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 750 neue Stellen, das Auswärtige Amt 29 neue Stellen sowie Personalmittel für 31 Ortskräfte.
- ✓ Bundesinnenministerium: 25 Mio. Euro für Sprachkurse, 5 Mio. Euro mehr für Bundespolizei.
- ✓ 12 Mio. Euro zusätzlich für das BMFSFJ: 8 Mio. Euro für Jugendmigrationsdienste, 4 Mio. Euro für Sprachkurse für Migranten.
- ✓ 10 Mio. Euro für die Entschädigung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener.
- ✓ 30 Mio. Euro für die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele.
- ✓ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Erhöhung der Mittel für Grundsicherung im Alter um 114 Mio. Euro, für Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt um 420 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren.
- ✓ Ziviles Personal im Verteidigungsministerium: 200 Mio. Euro zusätzlich.
- ✓ BMZ: 34,4 Mio. Euro für die IDA-Auffüllung bei der Weltbank.
- ✓ Auswärtiges Amt: Aufstockung der Mittel zum Schutz der deutschen Botschaften um 100 auf 200 Mio. Euro.
- ✓ Zwei neue Programme im BMUB: 30 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren für die Förderung von Investitionen in die Einbruchssicherung von Wohnimmobilien, 140 Mio. Euro über drei Jahre für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.



Flüchtlinge: Wir brauchen eine faire Lastenteilung

Auf einer Konferenz vergangenen Donnerstag im Willy-Brandt-Haus haben wir gemeinsam mit hunderten Betroffenen und Praktikern aus Kommunen, Kirchen und Bürgerinitiativen über eine menschliche Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa diskutiert. In den Gesprächen

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

wurde deutlich: Deutschland ist durch die Aufnahme der wachsenden Zahl an Flüchtlingen gefordert, aber nicht überfordert. Entscheidend ist, dass wir uns in Bund, Länder und Kommunen dieser Herausforderung gemeinsam stellen und eine faire Verteilung der finanziellen Lasten vereinbaren.



Wir haben dafür gesorgt, dass der Bund mit konkreten Maßnahmen Länder und Kommunen bereits bei Versorgung und Integration der Flüchtlinge unterstützt:

- ✓ Die Länder erhalten 2015 und 2016 einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer von jeweils 500 Mio Euro.
- ✓ Das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurde 2014 und 2015 um 750 Stellen aufgestockt, weitere 750 Stellen wurden zusätzlich im Nachtragshaushalt 2015 bewilligt. Dies hat bereits zu einer deutlichen Verkürzung der Dauer der Asylverfahren geführt.

- ✓ Mit Veränderungen im Baurecht haben wir dafür gesorgt, dass Flüchtlingsunterkünfte schneller zur Verfügung stehen
- ✓ Asylbewerber und Geduldete können sich nun schon nach drei Monaten anstatt zwölf Monaten um einen regulären Job bewerben.
- ✓ Manuela Schwesig hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Lasten der Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge deutschlandweit besser aufzuteilen. Mit dem Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“ unterstützen wir gemeinsam mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung die Kommunen, um junge Flüchtlinge willkommen zu heißen.

Nach aktueller Lage wird die Zahl der Flüchtlinge in absehbarer Zeit nicht rückläufig sein. Deshalb arbeiten wir derzeit gemeinsam mit Kommunen und Ländern an einer Lösung, die eine substanzielle und dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten sicherstellt.

Jahresbericht 2014 des Petitionsausschusses

Petitionen beinhalten nicht nur persönliche Einzelanliegen, sondern bringen auch politische Forderungen in den Bundestag ein. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 15.325 Petitionen eingereicht. Das sind durchschnittlich 61 Zuschriften pro

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Werktag. Das vergangene Jahr wurde dazu genutzt, den Betrieb der im Herbst 2012 gestarteten neuen E-Petitionsplattform zu optimieren. 37 Prozent aller Eingaben sind 2014 bereits auf elektronischem Weg eingegangen. 20 Prozent der Petitionen betrafen den Zuständigkeitsbereich des Bundesministerium für Arbeit und Soziales, jeweils ca. zehn Prozent die Bundesministerien der Justiz und für Verbraucherschutz, des Inneren, für Gesundheit sowie des Bundesministerium der Finanzen.



Medizinische Versorgung flächendeckend sichern

Ziel des Gesetzentwurfes zur Stärkung der Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VSG) ist es, eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau für alle Patientinnen und Patienten im Bundesgebiet sicherzustellen. Denn gute medizinische Versorgung darf auch in Zukunft keine Frage des Wohnortes sein.

Das geplante Gesetz sieht deshalb vor in von Unterversorgung bedrohten Regionen die Versorgungsstrukturen weiter zu flexibilisieren und stärker als bisher an die Realitäten anzupassen. Dies schließt beispielsweise einen für Patientinnen und Patienten vereinfachten Zugang zur ambulanten Behandlung in Krankenhäusern ein.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dabei eine Änderung am Gesetzentwurf durchgesetzt, um eine angemessene Vergütung von Hochschulkliniken zu erreichen. Mit dem Ziel die Versorgungskapazitäten in bislang versorgungsschwache Regionen zu stärken, werden zukünftig in überversorgten Gebieten Praxen nur dann nachbesetzt, wenn dies für die medizinische Versorgung dort auch sinnvoll ist. Vorgesehen ist, dass Ärzte und Krankenkassen hierüber jeweils gemeinsam vor Ort in den Zulassungsausschüssen entscheiden.

Um die hausärztliche Versorgung zu stärken, ist zudem vorgesehen, die Zahl der mindestens zu fördernden Weiterbildungsstellen von 5000 auf 7500 zu erhöhen. Darüber hinaus soll die zeitnahe Terminvermittlung bei Fachärzten durch Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen unterstützt werden.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen

Immer mehr Kinder aus bildungs- und einkommensschwachen Familien sind von Fehlernährung betroffen. Daher beraten wir in dieser Woche über einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur gesunden Ernährung. Dieser nimmt die Programme zur Ernährungsbildung und die Qualität der Verpflegung in Kitas, Schulen und öffentlichen Kantinen in den Blick. Dort soll die Qualität u.a. durch einen Ernährungs-TÜV und eine stärkere Verpflichtung der Anbieter auf Qualitätsstandards verbessert werden.



Die Rezepturen für Fertigprodukte sollen gesünder werden, denn der Anteil von Zucker, Salz und Fett soll im Rahmen einer gemeinsam mit der Lebensmittelwirtschaft erarbeiteten nationalen Reduktionsstrategie minimiert werden. Außerdem soll gesunde Ernährung in der nationalen Präventionsstrategie im Rahmen der

Erarbeitung des Präventionsgesetzes eine besondere Rolle spielen

KFOR-Mandat im Kosovo fortsetzen

Die Bundesregierung will die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) ein weiteres Jahr fortsetzen. KFOR sichert seit 1999 die Friedensregelung für den Kosovo militärisch. Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Konflikt- und Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden des Landes weiterhin erheblich. Ein neues Konzept des NATO-Rats ermöglicht eine Anpassung der Truppenstärke, die flexibel an die Sicherheitslage angepasst werden kann. Die Personalobergrenze für die deutsche Beteiligung an KFOR bleibt zunächst unverändert bei 1.850 Soldatinnen und Soldaten. Für 2016 wird eine Truppenreduzierung angestrebt.

Dekade für Alphabetisierung umsetzen

Mit dem vorliegenden Antrag der Regierungsfractionen wollen wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte nationale Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung ausgestalten. 7,5 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben. Zur

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Verringerung von funktionalem Analphabetismus in Deutschland sollen bewährte Strategien weiterentwickelt und neue Förderformate etabliert werden. Das Konzept zur Alphabetisierung sieht u.a. vor, dass ein familien- und lebensweltorientiertes Förderprogramm etabliert wird, die arbeitsplatzorientierte Grundbildung ausgebaut wird und eine nationale Koordinierungs- und Monitoringstelle eingerichtet wird.

Steuerzahler bei Banken Krisen schützen

Im November 2014 hat der Bundestag mit Zustimmung unserer Fraktion ein Gesetzespaket mit europaweit geltenden Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Banken verabschiedet. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung, über den wir in erster Lesung beraten, soll nun das nationale Bankenabwicklungsrecht entsprechend angepasst werden, um den Start des europäischen Abwicklungsmechanismus zum 1. Januar 2016 vorzubereiten. Vorgesehen ist eine Veränderung des nationalen Insolvenzrechts, um künftig leichter Gläubiger einer Bank bei deren Schieflage in Haftung zu nehmen und damit Steuerzahler besser zu schützen. Zudem soll sichergestellt werden, dass die Mittel der nationalen Bankenabgabe während der Aufbauphase des europäischen Abwicklungs-

fonds weiterhin für eine etwaige Abwicklung nationaler Institute zur Verfügung stehen. In den Jahren 2011 bis 2014 wurden durch die nationale Bankenabgabe bislang Mittel in Höhe von rund 2,2 Mrd. Euro eingenommen.



Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende

Ihr

